



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
IN ÖSTERREICH

WIEN III, 22. November 1955.

Prinz Eugen-Strasse 7
Telephon Nr. U 13500

Unser
Aktenzeichen Ihr

POLITISCHER BRIEF

Betr. UNO und Europa-Organisationen
Neutralitätserklärung.

Herr Bundespräsident,

Ueber eine Unterredung mit
Botschafter Schöner, Generalsekretär der Auswärtigen
Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, beehre ich mich,
Ihnen folgendes mitzuteilen:

1) Beitritt Oesterreichs zur UNO

Nach wie vor sei es unsicher,
ob die Aufnahme Oesterreichs in diesem Jahre erfol-
gen könne, oder nicht.

An und für sich hätten sich
zwar die Westmächte einerseits und Russland ander-
seits mit dem sogenannten Belaunde-Plan, der die
Globalaufnahme sämtlicher Anwärter für die Mitglied-
schaft bei der UNO vorsieht, einverstanden erklärt.
Sowjetrussland verlange aber Sicherheit dafür, dass
die Aufnahme seiner Satelliten-Kandidaten nicht nur
im Sicherheitsrat, sondern auch in der Generalver-
sammlung erfolgen werde; m.a.W. Russland mute Amerika
zu, seinen Einfluss dafür geltend zu machen, dass
auch in der Generalversammlung die Zweidrittel-Mehr-
heit für die Aufnahme dieser Satellitenstaaten zu-
standekommen werde. Amerika erkläre sich ausserstande,
irgendwelche Zusicherungen in dieser Richtung zu
machen. Dazu sei bekanntlich in letzter Zeit noch
die stachlige Frage der Aufnahme der Aeussern

Herrn Bundespräsident Petitpierre

B e r n .

Es wird gebeten, Anfragen das Rückporto beizufügen und unsere Aktenzeichen zu wiederholen



2)

Mongolei gekommen. Die Westmächte stünden auf dem Standpunkt, dass dieses fernöstliche Territorium gar kein selbständiges Staatsgebilde sei und fänden überdies, dass ihnen mit der Aufnahme der übrigen Satellitenstaaten schon genügend Selbstüberwindung zugemutet werde.

2) Oesterreichs Stellung gegenüber Europarat und Montan-Union.

Aussenminister von Brentano hat während seines Besuches in Wien aus seiner Begeisterung für die Bestrebungen einer engeren europäischen Zusammenarbeit, insbesondere im Europarat und in der Montan-Union, kein Hehl gemacht. Auf meine Erkundigung, wie sich Oesterreich heute zu diesem Fragenkomplex stelle, erwiderte Botschafter Schöner, man hätte in Regierungskreisen nie grundsätzliche Bedenken gegen den Beitritt des Landes zu den erwähnten europäischen Organisationen gehabt. Im Hinblick auf die Erklärungen, die mir seinerzeit sowohl von Aussenminister Figl wie auch vom Chef der Abteilung internationale Organisationen, Gesandter Matsch, gemacht worden waren, wonach die Verbundenheit des Europarates, vorab der Montan-Union, mit der NATO-Organisation Vorsicht im Bezug auf eine zu enge Zusammenarbeit Oesterreichs mit diesen Organisationen gebiete, war ich auf diese Antwort nicht ohne weiteres gefasst. Botschafter Schöner entging offenbar meine Ueberraschung nicht, jedenfalls fuhr er fort, es sei richtig, dass die Regierung bisher gewillt war, diesen Organisationen gegenüber eine abwartende Stellung einzunehmen. Von Seiten insbesondere derjenigen Parlamentarier, die gegenwärtig als Beobachter Oesterreichs im Europarat in Strassburg

3)

tätig seien, werde indessen auf eine positivere Einstellung Oesterreichs gedrängt. Die Interessen des stahlfabrizierenden Oesterreichs an der aktiven Mitarbeit des Landes in der Montan-Union seien zu offensichtlich, als dass man es sich leisten könnte, in Strassburg weiterhin zu antichambrieren. Irgendwelche Beschlüsse seien von der Regierung freilich noch nicht gefasst worden. Es sei aber zu erwarten, dass diese dem Drängen der interessierten Kreise früher oder später nachgeben werde !

3) Neutralitätserklärung Oesterreichs

Diese Erklärung ist, wie ich Ihnen gemeldet hatte, sämtlichen Staaten, mit denen Oesterreich diplomatische Beziehungen unterhält, zugestellt worden. Italien und Schweden hätten bereits die Anerkennung der österreichischen Neutralität zum Ausdruck gebracht. Die vier Signatarmächte des "Staatsvertrages" prüfen gegenwärtig die Möglichkeit, für diese Anerkennung eine gemeinsame Formel zu finden.

Noch ungewiss sei zurzeit, ob Oesterreich sich veranlasst sehen werde, ein weiteres zu tun und zu versuchen von den vier Signatarmächten eine Garantie für die Unversehrbarkeit des österreichischen Gebietes einzuholen. Zwar hätte sich Oesterreich Russland gegenüber im sogenannten Moskauer-Memorandum verpflichtet, um eine solche Garantieerklärung, die von Russland bereits erteilt worden sei, im gegebenen Zeitpunkt bei den westlichen Grossmächten nachzusuchen. Oesterreich sei sich indessen klar darüber, dass es sehr schwer fallen werde, von Seiten der Westmächte

eine besondere Garantie zu erhalten. Man vertrete den Standpunkt, dass, sofern Oesterreich früher oder später in die UNO aufgenommen werde, jegliche besondere Garantieerklärung von Seiten der Grossmächte überflüssig würde. Auch wenn der Beitritt dieses Jahr nicht möglich sein sollte, werde sich Oesterreich hüten, die Garantiefrage - der man keine überragende Bedeutung beimessen dürfe - in Bälde auf diplomatischem Wege aufzugreifen und dabei Gefahr zu laufen, eine ablehnende Antwort zu erhalten.

Bundeskanzler Raab hatte freilich zu Beginn der Debatte im Nationalrat über die Annahme des Verfassungsgesetzes betreffend die Neutralitätserklärung der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, dass die vier Grossmächte sich bereit finden werden, die Unverletzlichkeit und Unversehrtheit des österreichischen Staatsgebietes ausdrücklich zu garantieren. Dieses mündlich vorgebrachte Begehren war wohl als Einlösung der obenerwähnten im Moskauer-Memorandum übernommenen Verpflichtung, die Garantie der Westmächte nachzusuchen, gedacht. Man versteht es ohne weiteres, dass Oesterreich nicht gewillt ist, sich in dieser Frage noch weiter zu exponieren.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE
IN OESTERREICH

R. Lohr